

eine hohe Wirksamkeit deuten. Zudem kommt es dabei darauf an, dass diese Interaktionen nicht als statische Werte betrachtet werden, sondern als fluide und umkämpft. Insbesondere die institutionellen Bedingungen, in denen das IP operiert, werden in ihrer Komplexität nicht berücksichtigt wobei anzumerken ist, dass die interorganisationalen Aspekte nicht im Zentrum von Schettlers (2020) Forschungsarbeit stehen. Es wird jedoch deutlich, dass sich auf Grundlage der Richtlinien und Mandate der Beschwerdemechanismen nicht ohne weiteres Aussagen über deren Wirkungsweisen oder über die Auswirkungen von Reformprozessen treffen lassen. Die Notwendigkeit, im Zuge der Rekonstruktion eines Kausalmechanismus feste Werte zu Einflussfaktoren zuzuweisen, geht mit der Gefahr einher, dass Widersprüchlichkeiten und komplexe empirische Befunde in die eine oder andere Richtung gewertet werden. So entsteht schrittweise eine vereinfachende Beschreibung eines komplexen und in sich widersprüchlichen Systems zum Zwecke der Darstellung kausaler Mechanismen. Nachdem ich den Forschungsstand zum IP dargelegt habe, werde ich im nächsten Abschnitt meine Positionierung zu den dargelegten Ansätzen herausarbeiten, um so die vorliegende Arbeit im Forschungsstand zu verorten.

2.4 Positionierung und Abgrenzung zum Forschungsstand

In der *Governance*-Literatur wird das Konzept Rechenschaftspflicht häufig als dezentral, partizipativ und inklusiv beschrieben (Sovacool 2017b). Dem IP und Beschwerdemechanismen als institutionalisierte Form der Rechenschaftspflicht allgemein wird zudem das Potenzial zugeschrieben, sowohl die Legitimität als auch die politische Steuerung und Koordination der zugehörigen Institutionen zu verbessern. Weiter liegt Rechenschaftspflicht auf konzeptioneller Ebene die Annahme zugrunde, dass wenn nur alle (*Stakeholder*) an einem Tisch säßen und gehörten würden, Probleme der politischen Steuerung und Koordination gelöst werden könnten. Welche Rolle unterschiedliche Machtverhältnisse und materielle Anreize innerhalb eines Rechenschaftssystems spielen und inwiefern die Praktiken des IP, durch die Notwendigkeit sich innerhalb der WB behaupten zu müssen, beeinflusst werden, wurde bisher nur unzureichend untersucht (Bugalski 2016a, Sovacool u.a. 2018, Park 2022).

Die institutionellen Konflikte (u.a. Bradlow 1999, Bissell 2003, van Putten 2006) bedürfen einer systematischen Untersuchung im Hinblick auf deren Einfluss auf die Praktiken des IP. Dass bspw. die Zugänglichkeit zum IP vom Willen des Managements und des Kreditnehmers abhängig sind (van Putten 2006: 217), bedarf vor dem Hintergrund einer Neubewertung. Auch die Forderung, zivilgesellschaftliche Akteure an Rekrutierungsprozessen des IP zu beteiligen (ebd.: 267), kommt vor dem Befund, dass letztere als Korrektiv fungieren gegenüber den Versuchen das IP zu schwächen (vgl. Bradlow 1999), eine hohe politische Relevanz zu.

Es liegen nur vereinzelte und weit zurückliegende Arbeiten vor, die die Praktiken des IP als auch das Konzept Rechenschaftspflicht auf theoretischer Ebene explizit als Ausgangspunkt von Lernprozessen konzeptualisieren (vgl. Fox 2000). Selten wurde empirisch untersucht, inwiefern sich die normativen Potenziale auch institutionell manifestierten (vgl. Fox 2000, 2002). Demnach gibt es kaum Erkenntnisse darüber, welchen Bei-

trag Beschwerdemechanismen zur Lösung derjenigen Probleme geleistet haben, weshalb sie von einem normativen Standpunkt aus gegründet wurden: zur Vermeidung negativer Auswirkungen für Mensch und Natur.

Wenn positive Effekte der IP-Arbeit auf das operative Geschäft bisher nur schwer nachweisbar erscheinen, ist es ebenso verwunderlich, dass kaum überprüft wurde, inwiefern Beschwerdemechanismen, intendiert oder nicht, zur Stabilisierung gegenwärtiger Machtverhältnisse, bspw. auf lokaler Ebene (vgl. Randeria & Grunder 2011) oder innerhalb der Institution selbst, beitragen. Randeria & Grunder (2011: 202) arbeiten heraus, dass die Einreichung einer IP-Beschwerde nicht zwangsläufig zu besseren Bedingungen für negativ betroffene Menschen führt. Auch dann nicht, wenn die angewandten Standards, wie im Falle der WB-Umsiedlungsrichtlinie, umfassender sind als die nationale Gesetzgebung. Vor diesem Hintergrund wurde deutlich, dass stets das politische und institutionelle Umfeld in die Analyse einbezogen werden muss, um nicht intendierte Effekte im Rahmen der Umsetzung institutioneller Rechenschaftspflicht zu identifizieren. Von den empirischen Erkenntnissen leite ich zudem die Notwendigkeit ab, die unhinterfragt zugesprochenen *Empowerment* Potenziale zu hinterfragen.⁴⁷ Zudem werde ich die Kritik von Randeria & Grunder (2011) an unklaren oder sich überschneidenden Verantwortlichkeiten aufgreifen und mit Fokus auf die institutionellen Bedingungen untersuchen, welche Rolle diese Aspekte für die Umsetzung institutioneller Rechenschaftspflicht durch das IP spielen. In Anschluss an Wade (2009) stellt sich im Hinblick auf die Praktiken des IP zudem die Frage nach dem Verhältnis von institutioneller zu individueller Rechenschaftspflicht (ebd.: 41).

Die Risiken hinsichtlich der Teilnahme an Beschwerdeverfahren wurden in der Praxis immer wieder ersichtlich. Bisher wurde jedoch nicht überprüft, inwiefern sich die Kritik an partizipativen Praktiken in der *Entwicklungspolitik* sowie den daraus abgeleiteten Erkenntnissen auf den Rechenschaftsdiskurs und Praktiken übertragen lassen. In der Erforschung des IP fehlen demnach kritische Auseinandersetzungen mit denjenigen Konzepten, die den Praktiken der Beschwerdemechanismen zugrunde liegen. Demnach ist fraglich, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen man den Konzepten Partizipation, *Empowerment* und *Organizational Change* eine emanzipative Wirkung zuschreiben kann (Kap. 3.4).

In der kritischen WB-Forschung wurde die Rolle des IP bisher, wenn überhaupt, nur oberflächlich einbezogen. Meist ging dies mit einer Kritik in Bezug auf das begrenzte Mandat einher, ohne dabei empirisch zu untersuchen, welche innerinstitutionelle Wirkungsweise vom IP ausgeht. Viele dieser Ansätze liegen zudem lange zurück (u.a. Caufield 1996; Rich 1994, 2002, 2013; Goldman 2005; Hoering 2007; Toussaint 2008). Anstatt die Kritik gegenüber der WB zu wiederholen, werde ich auf Grundlage von Studien der *Independent Evaluation Group* (IEG) empirisch überprüfen, inwiefern die Kritik und dort identifizierte Einflussfaktoren, die Reformen verhindern oder schwächen, bis heute Fortbestand haben (Kap. 6.1). Ich werde zudem einzelne Ansätze der kritischen WB-Forschung aufgreifen, die das IP über die reine Erwähnung hinaus einbezogen haben (Kap. 3.2). Zwei Reformprozesse erfordern zudem eine Neubewertung der bisherigen Erkenntnisse. Im Zuge einer Reform der WB-Richtlinien (2012–2015) wurden die

47 Siehe Kapitel 3.6.

sogenannten *Safeguards* durch den ESF ersetzt. Da die Richtlinien die Arbeitsgrundlage des IP darlegen, werde ich bezugnehmend auf die ersten Arbeiten zur Einschätzung des ESF (Passoni u.a. 2017; Vita u.a. 2017; Dann & Riegner 2019; Priester 2020; Schettler 2020) und meinen empirischen Erkenntnissen den Einfluss des ESF auf die Praktiken des IP diskutieren. Die zweite Reform ist die *IP-Toolkit-Reform* (2017–2020), aus der die Neugründung des *Accountability Mechanism* (AM) der WB resultierte. Die Neugründung ging zudem mit neuen Funktionen und Prozessveränderungen einher. Ich werde die Auswirkungen der *IP-Toolkit-Reform* für das IP u.a. im Hinblick auf die OL-Bedingungsanalyse diskutieren (Kap. 6.5.2).

Van Putten (2006) hat auf exkludierende Verfahrensbeschreibungen verwiesen, die politische Einflussfaktoren strukturell ausschließen (ebd.: 218). Ich werde empirisch untersuchen, ob diese noch immer vorhanden sind und inwiefern diese sich auf die Praktiken des IP auswirken. Im Hinblick auf die Möglichkeiten des IP, zum OL beizutragen, werde ich Hinweisen zu innerinstitutionellen Kämpfen, Mandatseinschränkungen und der Relevanz von *Leadership* nachgehen (Van Putten 2006, Park 2022).

Postkoloniale (vgl. Ziai 2015, 2016a) und diskursanalytische Perspektiven (vgl. Ziai 2019) auf Beschwerdemechanismen beschränken sich auf wenige Einzelfälle, die wiederum das institutionelle Umfeld, in das die Beschwerdemechanismen eingebettet sind, bisher nicht erfasst haben. Wade (2009: 42, 45) bspw. legitimierte in seiner Kritik an den NGOs die negativen Auswirkungen des Staudammbaus auf ›Wenige‹ mit den *entwicklungspolitischen* Profiten von ›Vielen‹. Arundhati Roy hat eine solche Argumentation im Kontext des Narmada Staudamms als »fascist math« bezeichnet (Roy 1999). Es besteht demnach eine Leerstelle im Hinblick auf machtkritische Analysen der Rechenschaftspraktiken und Diskurse (Kap. 7.2).

Der Finanzierungsabbruch im Rahmen des 98. Beschwerdefalls des IP ist nur ein Beispiel von vielfältigen Reaktionen der WB auf die Arbeit des IP (vgl. Berger 2018). Ich werde diskutieren, wie weitreichend die angekündigten Reformen tatsächlich sind und welchen Einfluss diese auf das operative Geschäft haben (Kap. 6.4). Darüber hinaus werde ich anhand des TSDP diskutieren, inwiefern sich die OL-Einflussfaktoren eignen, um das Zustandekommen institutioneller Reaktionen der WB zu analysieren (Kap. 7.1.2).

Anknüpfend an den ersten Ansatz zur Theoretisierung der Rolle des IP für OL in der WB (Fox 2000) werde ich das IP unter Berücksichtigung des institutionellen Umfelds sowie der Erkenntnisse der WB-Reformforschung als Ausgangspunkt von OL neu bewerten. Zudem werde ich eine theoretische Einbettung vornehmen, um zu diskutieren, ob die identifizierten institutionellen Reaktionen als OL bezeichnet werden können (Kap. 7.1). Demzufolge liegt bisher keine systematische und empirisch gesättigte Untersuchung im Hinblick auf die Potenziale des IP, zum OL beizutragen, vor, die zugleich die Dynamiken innerhalb des institutionellen und diskursiven Umfelds und seiner politischen Umwelt erfasst, dabei eine machtkritische Perspektive auf die (nicht-)intendierte Wirkungsweise des IP vornimmt und dieser eine historische Aufarbeitung der zugrundeliegenden theoretischen und normativen Konzepte voranstellt. Die Forschungslücke verweist auf das, was Ziai (2016b) in Bezug auf Politikwissenschaft und postkoloniale Theorien als komplementäre Defizite bezeichnet hat (ebd.: 25–26). An Ziais (2016b) Aufruforderung anknüpfend, postkoloniale und politikwissenschaftliche Ansätze zu kombinieren, um deren komplementären Effekte zu nutzen, werde ich die aufgezeigte For-

schungslücke adressieren, indem ich einen Ansatz zur machtkritischen Bürokratieforschung herausarbeite (ebd.: 42). Denn laut Prasad (2003) finden auch im Rahmen der *Management* und *Organization Studies* postkoloniale und *Postdevelopment*-Ansätze bisher nur bei wenigen Autorinnen Anwendung.⁴⁸

Prasad (2003) zeigt auf, dass es durch postkoloniale Perspektiven gelingen könne, unterschiedliche Managementdisziplinen hinsichtlich ihrer Rolle im Aufbau, Stabilisierung oder Erweiterung kolonialer und neokolonialer Kontrolle zu hinterfragen (ebd.). Zudem eignen sich postkoloniale Ansätze, um koloniale Einschreibungen in Denk- und Argumentationsmuster in Managementdisziplinen aufzudecken, um dadurch Erkenntnisse im Hinblick auf die Managementpraktiken aber auch die Erforschung von Management zu erhalten (ebd.: 32). Daran anknüpfend verstehe ich Beschwerdemechanismen als eine Managementdisziplin innerhalb einer Bürokratie, welche ich hinsichtlich ihrer machtstabilisierenden Wirkung untersuche. Weiter werde ich die historischen Ausgangspunkte von Konzepten wie *Empowerment*, *Organizational Change* und Partizipation herausarbeiten, da diese eng mit dem Konzept Rechenschaftspflicht verwoben sind (Kap. 3.1, 3.4, 3.6). Ich werde sowohl der Beziehung zwischen kolonialen und Managementpraktiken als auch den bestimmenden Ideologien im institutionellen Umfeld des IP nachgehen (vgl. Mir u.a. 2003: 49). Ich unternehme somit den Versuch, die aufgezeigte Forschungslücke durch einen Ansatz machtkritischer Bürokratieforschung zu adressieren, denn

»unless we find, identify, and try to understand other ways of organizing and control, we are in danger of perpetuating organizations and organizing systems that will sustain and exacerbate the power imbalances and systems of exploitation that have already created their own logic, epistemology, and justification; a cycle that will sooner or later come back to haunt all of us, irrespective of our location and our affiliation.« (Mir u.a. 2003: 53)

Die theoretischen Grundlagen für diese Vorhaben erarbeite ich auf den folgenden Seiten.

48 Prasad (2003: 28) verweist auf Jaya (2001); Mir, Calás & Smircich (1999); Prasad (1997a, b); Prasad & Prasad (2002).